

Auch als frühere Hauptschule sowie ohne eigene Oberstufe ist die Gemeinschaftsschule mit dem Gymnasium konkurrenzfähig

Joachim Lohmann

15.11.2015

Die hierarchische Schulstruktur ist in der Auflösung: in 11 der 16 Bundesländer bestehen weder Haupt- noch Realschulen; in weiteren Bundesländern führt die Hauptschule nur noch eine Randexistenz. In den drei Stadtstaaten sowie im Saarland, Schleswig-Holstein und modifiziert in Rheinland-Pfalz hat sich stattdessen ein gleichberechtigtes Konkurrenzsystem durchgesetzt. In diesem Konkurrenzsystem existieren neben dem Gymnasium nur noch Schulen des gemeinsamen Lernens, die alle den gymnasialen Bildungsgang führen und alle Abschlüsse und Berechtigungen der Sekundarstufe I vermitteln.¹

¹ Weil in den Bundesländern **neun** unterschiedliche Namen für Schulen des gemeinsamen Lernens existieren, werden im Folgenden die Schulen des gemeinsamen Lernens für die Vergangenheit Gesamtschulen und für die Gegenwart Gemeinschaftsschulen genannt. Gemeinschaftsschulen, die nur das 5.-10. Schuljahr umfassen, werden als 6-jährige und die übrigen als 9-jährige Gemeinschaftsschulen bezeichnet. In Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beginnen die Gemeinschaftsschulen und zumeist auch die Gymnasien mit der Klassenstufe 7.

| Namensgebung für die Schulstrukturen der Bundesländer ohne Förderschulen | | | | | | | | |
|--|--|---|--|-----------------------------------|--|--|--|--|
| 08.04.2015 | | | | | | | | |
| Drei- und mehrgliedriges Hierarchiesystem plus Schulen des gemeinsamen Lernens | | | Zweigliedriges Hierarchiesystem plus Schulen des gemeinsamen Lernens | | | Zwei- bzw. dreigliedriges, gleichberechtigtes Konkurrenzsystem | | |
| | Schulformen des Hierarchiesystems | Namensgebung für Schulen des gemeinsamen Lernens | | Schulformen des Hierarchiesystems | Namensgebung für Schulen des gemeinsamen Lernens | | Namensgebung für Schulen des gemeinsamen Lernens | weitere allg. Schulformen |
| Baden-Württemberg | Hauptschule, Werkrealschule, Realschule, Gymnasium | Gemeinschaftsschule | Brandenburg | Oberschule, Gymnasium | Gesamtschule | Berlin | Integrierte Sekundarschule (ISS), Gemeinschaftsschule | Gymnasium |
| Bayern | Mittelschule, Realschule, Gymnasium | Gesamtschule | Mecklenburg-Vorpommern | regionale Schule, Gymnasium | kooperative u. integrierte Gesamtschule | Bremen | Oberschule | Gymnasium |
| Hessen | Hauptschule, Mittelstufenschule, Realschule, Gymnasium | kooperative u. integrierte Gesamtschule | Sachsen | Mittelschule, Gymnasium | | Hamburg | Stadtteilschule | Gymnasium |
| Niedersachsen | Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium | Oberschule, kooperative u. integrierte Gesamtschule | Sachsen-Anhalt | Sekundarschule, Gymnasium | Gemeinschaftsschule, Gesamtschule, | Rheinland-Pfalz | Realschule plus (teilw. mit Fachoberschule), Gesamtschule, | Gymnasium |
| Nordrhein-Westfalen | Hauptschule, Realschule, Gymnasium | Sekundarschule, Primusschule, Gemeinschaftsschule, Gesamtschule | Thüringen | Regelschule, Gymnasium | Gemeinschaftsschule; Gesamtschule | Saarland | Gemeinschaftsschule | Gymnasium |
| | | | | | | Schleswig-Holstein | Gemeinschaftsschule | Regionalschule (auslaufend), Gymnasium |

Mit der sich herausbildenden neuen Schulstruktur verändern sich auch die Entstehung und die Struktur der Schulen des gemeinsamen Lernens. Die meisten Gesamtschulen entstanden als Neugründungen oder durch Zusammenlegung mehrerer Schulen und waren vier- und mehrzügig. Die Länder, die jetzt Haupt- und Realschulen generell zugunsten von Gemeinschaftsschulen ersetzen, reduzieren deren Mindestgröße. Eine Gemeinschaftsschule entsteht so auch aus nur **einer** Haupt- bzw. aus nur **einer** Realschule. Da die notwendige Jahrgangsbreite fehlt, hat nicht mehr jede Gemeinschaftsschule eine eigene Oberstufe.

Andere Länder wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen setzen auf eine Strategie der Freiwilligkeit von unten, um Schulen des gemeinsamen Lernens schnell zu verbreiten und lassen kleinere Gemeinschaftsschulen ohne eigene Oberstufe zu.

9-jährige Gemeinschaftsschulen waren die Regel

Nicht wenige Gemeinschaftsschul-Verfechter sehen in den neuen Strukturen der Gemeinschaftsschule einen Bruch mit der Gesamtschul-Tradition. Sie treten vehement für eine gymnasiale Oberstufe an jeder Gemeinschaftsschule ein. Sie befürchten, dass Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe nicht attraktiv genug seien für Eltern und daher der Konkurrenz mit dem Gymnasium nicht standhalten könnten. Sie geben lieber die Gründung einer neuen Gemeinschaftsschule auf, als bei ihr auf eine eigene gymnasiale Oberstufe zu verzichten.

Sie berufen sich auf die Gesamtschultradition in Deutschland. Doch die Tradition ist widersprüchlich. Es gab von vornherein eine Differenz sowohl zwischen Theorie und Praxis als auch innerhalb der Praxis.

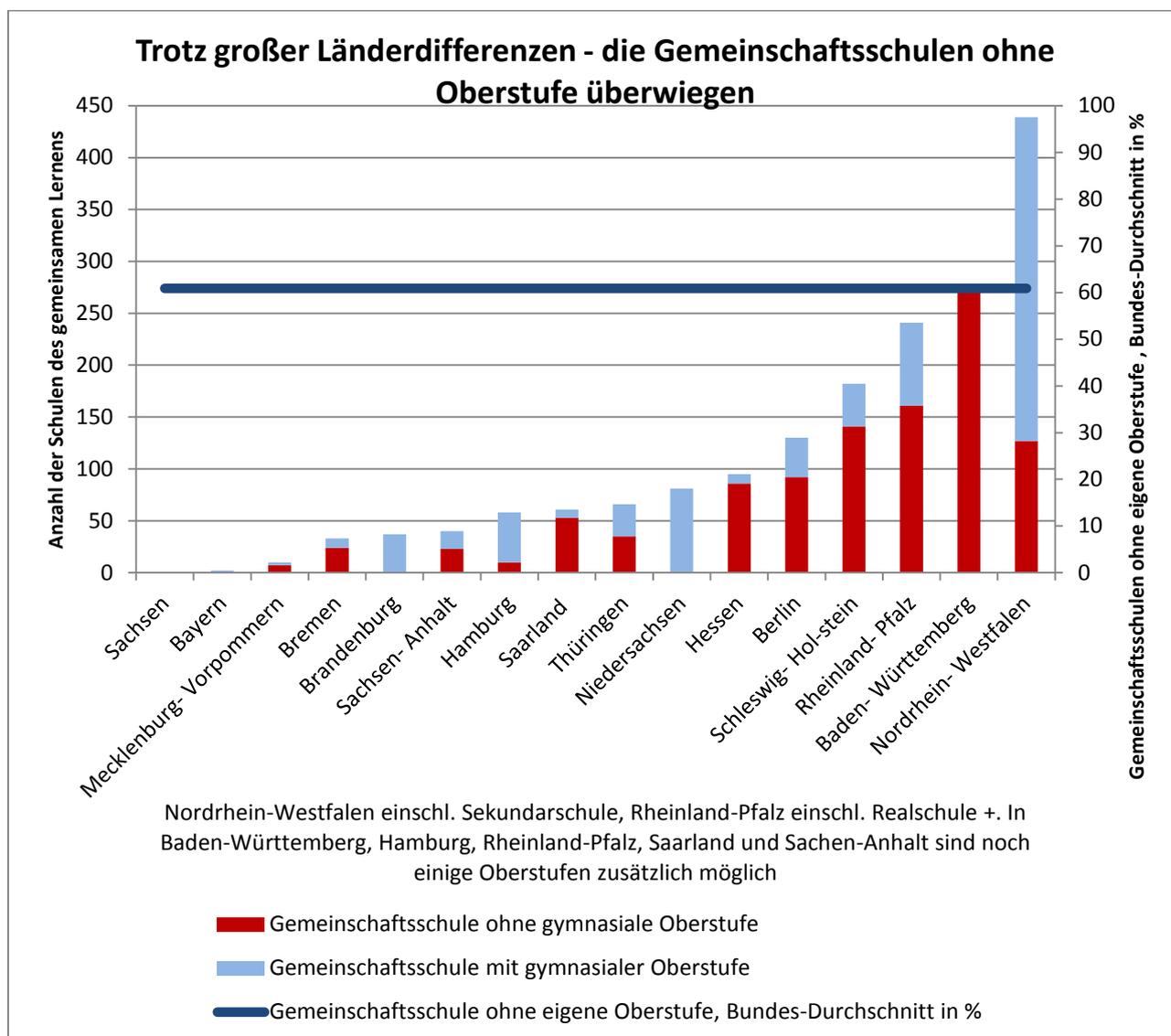
Das Konzept der Gesamtschule wurde in Westdeutschland in den "Bildungspolitischen Leitsätzen" der SPD von 1964 niedergelegt, das von einer Stufenschule ausging: einerseits von einer Mittelstufe für die Jahrgänge 5 bis 10 und andererseits von einer dualistischen Oberstufe mit einer Studien- und einer Berufsstufe. Das SPD-Konzept wurde in dem 1969 vorgelegten "Modell für ein demokratisches Bildungswesen" weiterentwickelt: an die Stelle der dualistischen sollte eine einheitliche, differenzierende Oberstufe treten.

Mit Ausnahme von Hessen und partiell auch von Berlin herrschte ansonsten in der Praxis die Gesamtschule mit Oberstufe vor. Die der Konzeption widersprechende Gesamtschule mit Oberstufe war in der Anfangsphase strategisch gut begründet; denn in der Gründungszeit - den 60er Jahren - hatte das Gymnasium noch weitestgehend das Monopol für den Erwerb der Hochschulreife. Absolventen einer Gesamtschule ohne Oberstufe, die das Abitur anstrebten, wären auf das Gymnasium angewiesen gewesen. In der Konkurrenzsituation zwischen Gesamtschule und Gymnasium wäre es fraglich gewesen, ob das Gymnasium die Gemeinschaftsschüler gleich wohlwollend wie die eigenen Schüler gefördert hätte.

Voraussetzung für eine 9-jährige Gemeinschaftsschule ist ein breiter Schülerjahrgang in der Mittelstufe. Eine große Jahrgangsbreite war auch wegen einer konzeptionellen Schwäche der Gesamtschule in den Anfangsjahren vorgesehen: Viele Gesamtschul-Anhänger glaubten zunächst, nur eine äußere Leistungsdifferenzierung in vielen Fächern könne sowohl den leistungstärkeren als auch den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern gerecht werden.

Gemeinschaftsschulen sind schon jetzt mehrheitlich 6-jährige Gemeinschaftsschule

Doch die Strukturen bei den Schulen des gemeinsamen Lernens haben sich geändert: von den gut 1700 Gemeinschaftsschulen in Deutschland sind 1000 6-jährige Gemeinschaftsschulen.



Zwei Gründe haben zu dieser Entwicklung geführt: Einerseits ist die Oberstufe für Gemeinschaftsschulen nicht mehr zwingend, wie zu zeigen sein wird, und andererseits kann die Gemeinschaftsschule die Haupt- wie Realschule nur dann ersetzen, wenn diese Umstrukturierung nicht großen Widerstand wegen eines massiven Schulsterben auslöst.

Die eigene Oberstufe ist deshalb nicht mehr unerlässlich, weil Jugendliche der 6-jährigen Gemeinschaftsschule nicht auf das Gymnasium angewiesen sind, um die Hochschulreife zu erwerben. Das hochschulpropädeutische Monopol des Gymnasiums ist verschwunden, vielmehr ist dem Gymnasium in der Sekundarstufe II mit Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und 9-jährigen Gemeinschaftsschulen eine starke Konkurrenz erwachsen.

Auch die Mehrzügigkeit in der Sekundarstufe I ist für die Gemeinschaftsschulen nicht mehr erforderlich. Nach langem Widerstand gegen die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz-

zur Anerkennung von Abschlüssen an Gesamtschulen haben mehrere Kultusverwaltungen auf die Auflage einer äußeren Leistungsdifferenzierung für Gemeinschaftsschulen verzichtet.

Die Aufhebung von Haupt- und Realschule zugunsten der Gemeinschaftsschule

Hauptgrund für die veränderte Struktur der Gemeinschaftsschule ist die begonnene Überwindung der hierarchischen Schulstruktur: die Flucht aus der sozial diskriminierten Hauptschule war so stark, dass ein politischer Konsens in mehreren Ländern möglich wurde, Haupt- und Realschule durch eine Gemeinschaftsschule zu ersetzen. Möglich wurde der Konsens darüber hinaus dadurch, dass die 6-jährige Gemeinschaftsschule eine Schule vor Ort sein kann.

Die 3 Stadtstaaten sowie Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig-Holstein haben das Hierarchiesystems zugunsten des Konkurrenzsystems aufgehoben. Die Umstrukturierung gelang, weil die Länder die Mindestzügigkeit bzw. die Mindestschülerzahl heruntersetzten, bzw. weil Rheinland-Pfalz mit der Realschule plus eine neue Schulform mit reduzierter Mindestgröße schuf. Abgesehen von Berlin, das grundsätzlich mindestens vier Züge vorsieht, verlangen Hamburg, Bremen und Rheinland-Pfalz nur drei Parallelklassen. Das Saarland und Schleswig-Holstein gingen darüber hinaus, indem sie nur zwei Parallelklassen forderten. Mit diesem Schachzug, kleine Gemeinschaftsschulen zu ermöglichen, haben die Länder den gesellschaftlichen und regionalen Widerstand weitgehend reduziert. In diesen 6 Ländern gab es auch - abgesehen von Rheinland-Pfalz - einen Schulfrieden mit der CDU. Konsequenz einer Drei- und erst recht einer Zweizügigkeit war, dass die Schülerzahl für eine eigene gymnasiale Oberstufe zumeist nicht ausreichte. Nur in Hamburg haben fast alle Gemeinschaftsschulen eine eigene gymnasiale Oberstufe. In den anderen 5 Bundesländern sind fast $\frac{3}{4}$ aller Schulen des gemeinsamen Lernens 6-jährige Gemeinschaftsschulen.

Die Strategie-von-unten zugunsten der Gemeinschaftsschule

Zwei weitere Bundesländer setzen vor allem auf die Schulen und Schulträger, um Gemeinschaftsschulen zu realisieren. Die Beweggründe unterscheiden sich. In Nordrhein-Westfalen hatte die Hauptschule Verfassungsrang. Die Pflicht, sie vorzuhalten, konnte nur mit einer Verfassungsänderung aufgehoben werden. Der Aufhebung von Hauptschulen stimmte die CDU nur unter der Bedingung zu, dass darüber nicht das Land, sondern Schule und Schulträger zu entscheiden haben.

Baden-Württemberg wiederum hatte mit nur zwei Gesamtschulen² eine ganz schwache Tradition mit Schulen des gemeinsamen Lernens. Gemeinschaftsschulen breit durchzusetzen konnte nur gelingen, wenn Schulen und Schulträger aktiv wurden. Dazu setzte die Landesregierung nicht auf die Neugründung, sondern auf die Umwandlung bestehender Schulen. Sie setzte auf das Interesse vor allem der Haupt-, aber auch der Realschulen, mit einer Umstrukturierung ihre Existenz zu sichern, ihren gesellschaftlichen Status zu verbessern und pädagogische Reformen durchzuführen.

Nordrhein-Westfalen führte schulrechtlich neben der mindestens vierzügigen Gesamtschule eine mindestens dreizügige Sekundarschule ein. Die Übertragung der Strukturentscheidung an die Basis - an Schulträger und Schulen - und die verringerte Schulgröße führten zu einer bis dahin kaum vorstellbaren Gründungswelle. Zwar verlangt selbst die Dreizügigkeit oft die

² Diese beiden Gemeinschaftsschulen tragen weiterhin den Namen Gesamtschule und halten auch an der äußeren Leistungsdifferenzierung fest.

Aufhebung bzw. Zusammenlegung von Schulen, aber zumindest die Schulstandorte konnten zumeist erhalten bleiben. In nur 4 Jahren wurden 207 neue Schulen des gemeinsamen Lernens gegründet, davon neben Primus- und Gemeinschaftsschulen 83 Gesamtschulen und 109 Sekundarschulen. Dass in Nordrhein-Westfalen trotz langer Gesamtschul-Tradition mehr Sekundarschulen als Gesamtschulen seit der Verfassungsänderung errichtet wurden, zeigt, wie attraktiv kleine Schulen des gemeinsamen Lernens für Schulen und Schulträger sind. Noch erstaunlicher ist die Gründungsdynamik in Baden-Württemberg. Trotz geringerer Einwohnerzahl und fast keiner Gemeinschaftsschul-Erfahrung hat Baden-Württemberg in vier Jahren mehr Gemeinschaftsschulen als Nordrhein-Westfalen errichtet. Einen Sprung von 271 neuen Gemeinschaftsschulen in 4 Jahren hat es bisher in keinem Bundesland gegeben. Dieser Sprung beruht allein auf der Freiwilligkeit bestehender Schulen, sich umzuwandeln. Erleichtert wurde die Umwandlung durch die niedrige Mindestzahl von prognostisch 40 Schülerinnen und Schüler für den 5. Jahrgang. Sie erzwang nicht die Integration oder die Aufhebung mehrerer Schulen, sondern ermöglichte die Umwandlung fast jeder einzelnen weiterführenden Schule, die als Gemeinschaftsschule ihre Existenz sichern, ihr soziales Ansehen steigern oder Freiraum für Reformen haben wollte. Weit über 90 % aller Gemeinschaftsschulen gingen aus einer Einzelschule hervor und zusätzlich einige aus einem Schulverbund oder Zusammenschluss von Schulen.

6-jährige Gemeinschaftsschulen werden gegenüber den 9-jährigen dominieren

Die 6-jährige Gemeinschaftsschule hat ihren Durchbruch mit der Realisierung des 2-gliedrigen Konkurrenzsystems in 6 Ländern sowie mit der Strategie-von-unten in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen erfahren.

In den übrigen Ländern haben fast $\frac{2}{3}$ aller Gemeinschaftsschulen eine eigene gymnasiale Oberstufe, dagegen in den Ländern mit dem 2-gliedrigen Konkurrenzsystem sind es nur $\frac{1}{3}$, obwohl die 3 Stadtstaaten die besten Voraussetzungen zur Bildung von 9-jährigen Gemeinschaftsschulen hatten. Doch nur Hamburg hat dies weitgehend verwirklicht.

Es ist so gut wie sicher, dass die Tage des Hierarchiesystems in den meisten Ländern gezählt sind. An seine Stelle wird voraussichtlich ein 2-gliedriges Konkurrenzsystem treten. Weil alle noch ausstehenden Bundesländer Flächenländer sind, werden die Schulen des gemeinsamen Lernens überwiegend 6-jährige Gemeinschaftsschulen sein. Sie bilden schon jetzt die Mehrheit und werden künftig die Schulen des gemeinsamen Lernens stark dominieren.

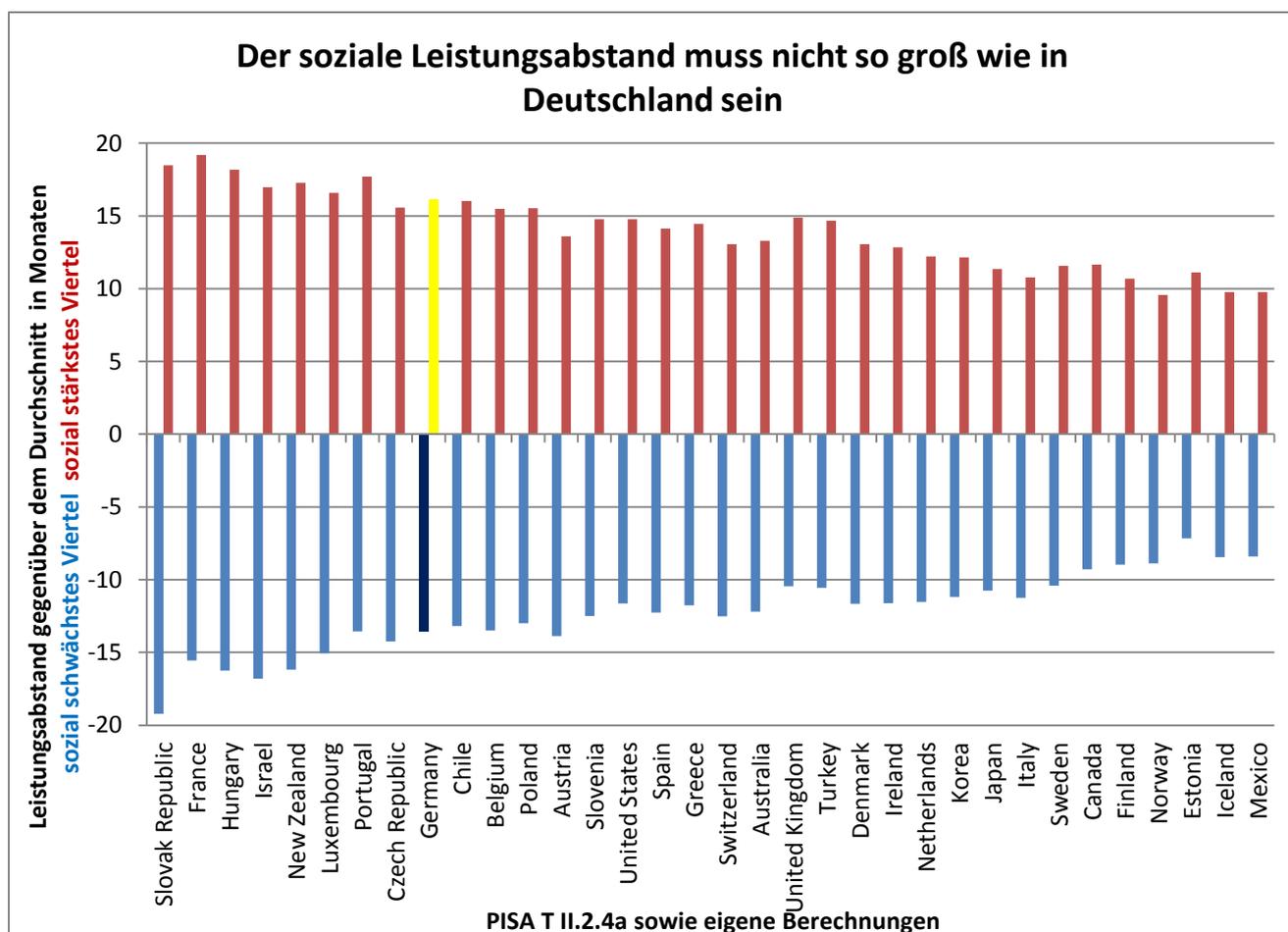
Auch aus Hauptschulen entstandene Gemeinschaftsschulen können sich mit dem Gymnasien messen

Mit der Durchsetzung des Konkurrenzsystems in 6 und der Strategie-von-unten in 2 weiteren Ländern ändert sich die Struktur der Schulen des gemeinsamen Lernens in einem weiteren Punkt: es werden bestehende Schulen umgewandelt. Die meisten Schulen des gemeinsamen Lernens entstehen aus ehemaligen Hauptschulen. Das trifft besonders bei der Strategie-von-unten in Baden-Württemberg zu: Dort entstanden Gemeinschaftsschulen zunächst nur aus Haupt- bzw. Werkrealschulen, inzwischen aber auch aus Realschulen. Von den gut 270 Gemeinschaftsschulen zum Schuljahr 2015/16 gingen fast 90 % aus Hauptschulen hervor, doch 10 % entstanden aus Realschulen oder mit deren Beteiligung.

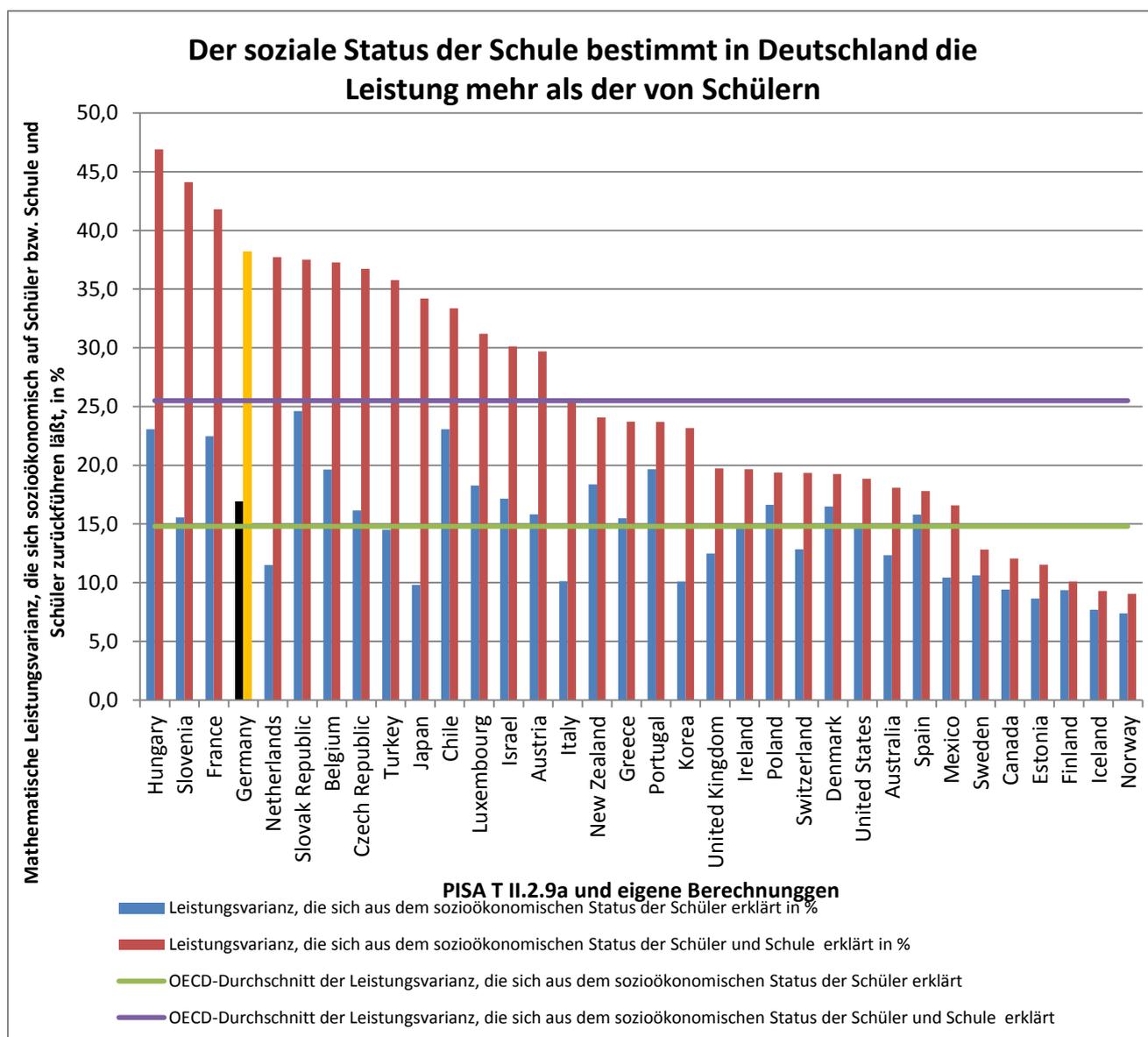
An dieser Entstehung entzündeten sich Vorbehalte von manchen Gesamtschul-Anhängern. Sie bezweifeln, dass eine aus einer Hauptschule entstandene Gemeinschaftsschule gegenüber dem Gymnasium konkurrenzfähig sein könne. Diese Gemeinschaftsschulen würden wegen ihrer Herkunft nur potentielle Hauptschüler rekrutieren, das Ansehen als Hauptschule nicht ablegen und daher mit dem Gymnasium nicht mithalten können.

Doch die Position ist zu fatalistisch. Die Baden-Württembergischen Gemeinschaftsschulen belegen, dass sie neue Schülerschichten gewinnen können:

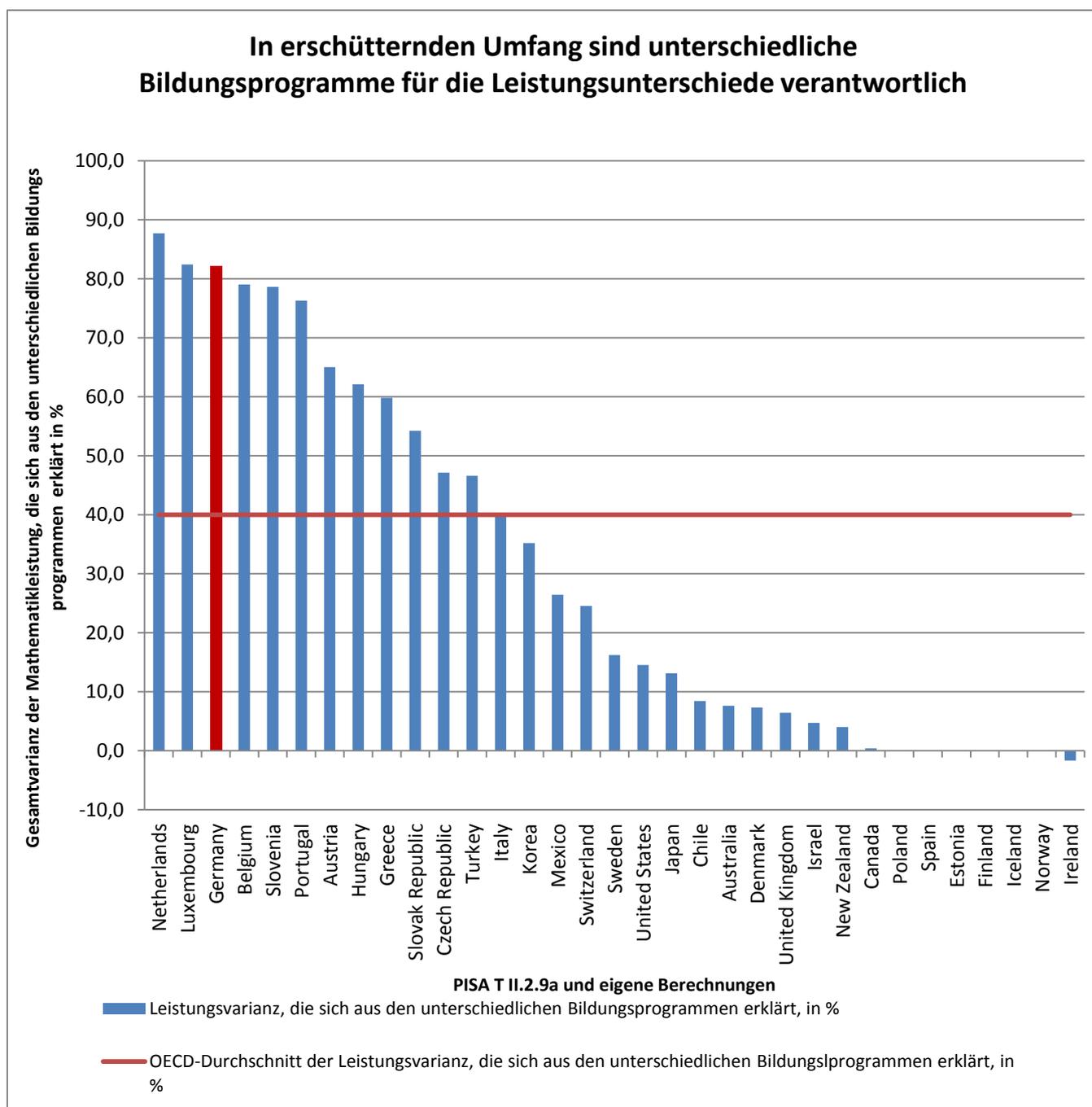
- Gegenüber einer Übergangsquote auf die Hauptschule von knapp 25 % im Jahre 2011 hatte das Kultusministerium den Gemeinschaftsschulen ein sehr hohes Quotenziel von 40 % aus dem Schuleinzugsbereich und von 10 % aus der Umgebung vorgegeben. Die erste Tranche von 2012 hat dieses Ziel durchschnittlich übertroffen, die folgenden Tranchen 2013 bis 2015 haben es bisher etwas unterboten. Diese Übergangsquoten konnten die Gemeinschaftsschulen nur erzielen, indem sie auch potentielle Realschüler und Gymnasiasten für sich zu gewinnen. Nicht alle Schulen haben diese Durchschnittswerte erreicht, dafür andere diese übertroffen.
- Die Anmeldungen des letzten Schuljahres übertrafen leicht die Erstanmeldungen für alle drei Tranchen, d.h., dass trotz des sprunghaften Anstiegs von Neueinrichtungen die Gemeinschaftsschulen im Durchschnitt noch mehr Schülerinnen und Schüler gewinnen konnten (Landtag).
- Mit der Gründung von Gemeinschaftsschulen gingen nicht nur deutlich die Übergänge zur Hauptschule, sondern leicht auch die Übergänge zu Realschule und zum Gymnasium zurück. Die Gemeinschaftsschule hat also nicht nur Hauptschul-, sondern auch anderes Schülerklientel für sich gewinnen können. Realschule und Gymnasium haben erstaunlicher Weise diesen Rückgang nicht durch Jugendliche anderer Schulformen kompensiert (GEW).
- Doch selbst eine sozial einseitig zusammengesetzte Schülerschaft ist nicht das eigentliche Problem. Die Skeptiker überschätzen die Bedeutung der Schülerschaft und unterschätzen die der Schule. Die Hauptbelastung in Deutschland ist nicht die soziokulturelle Benachteiligung ihrer Schüler, sondern die ihrer Schule. Zwar bestehen erhebliche Leistungsunterschiede zwischen den Schülern des sozial stärksten gegenüber dem sozial schwächsten Viertel. Diese Differenzen sind in Deutschland besonders groß und betragen im 9. Schuljahr 2 ½ Jahre.



Diese sozialen Leistungsunterschiede zwischen den Schülern lassen sich aber in Deutschland nur zum kleineren Teil auf die Schüler selbst zurückführen, sondern zum größeren Teil auf die Schule wegen deren gesellschaftlichen Status. Der soziale Status der Schüler erklärt OECD-weit nur knapp 15 %, in Deutschland 17 % der Leistungsunterschiede in Mathematik, dagegen der von Schülerschaft und Schule zusammen OECD-weit 25 %, in Deutschland fast 40 % der Differenzen. (PISA, T II.2.9a).



- Noch gravierender für die Leistung sind unterschiedliche Bildungsgänge für die Schülerinnen und Schüler. PISA unterscheidet Bildungsgängen je nachdem, ob die 15-Jährigen noch in der Sekundarstufe I oder schon Sekundarstufe II sind, ob ihr Lehrplan allgemein oder berufsbildend ausgerichtet ist, ob sie einen Abschluss erreichen sollen und ob ihnen ein Zugang zu weiterführender Bildung oder nur zum Arbeitsmarkt eröffnet wird (PISA II, S.49). In Deutschland wird der Bildungsgang eines Jugendlichen - wenn man von der Gemeinschaftsschule und den Schulen mit mehreren Bildungsgängen absieht - durch die Schulform bestimmt. Im 3-gliedrigen Hierarchiesystem unterschieden sich die Bildungsgänge der Schulformen bei Schuldauer, Abschlüssen, Berechtigungen, weiterführenden Bildungsgängen und deren Zugangschancen. In fast keinem Land sind diese unterschiedlichen Bildungsgänge so für Leistungsunterschiede verantwortlich wie in Deutschland.



Im OECD-Durchschnitt erklären unterschiedliche Bildungsgänge 40 % der Leistungsstreuung, in Deutschland sind es 80 %. Vor allem die Fixierung eines Jugendlichen auf einen unterprivilegierten Bildungsgang ist für die Leistung verhängnisvoll. Unterschiedliche Bildungsgänge für Jugendliche gibt es sowohl innerhalb einer Schule als auch zwischen Schulen der gleichen Schulform als auch zwischen den Schulformen. Auf die Leistung wirken sich unterschiedliche Schulformen am gravierendsten aus. Je früher ausgelesen wird und je mehr Schulformen vorhanden sind, um so häufiger befinden sich sozial Benachteiligte in unterprivilegierten Schulformen und umso schwächer fallen deshalb ihre Leistungen aus (Lohmann 2012, S.12).

Die unterschiedlichen Schulformen beeinträchtigen das gesellschaftliches Ansehen und beeinflussen die finanzielle Ausstattung der Schulen, den Ausbildungsstand und das Engagement von Lehrkräften, die Einstellung und Unterstützung der Elternschaft, die Motivation der Schülerschaft und die öffentliche Wertschätzung einer Schule und ihrer Mitglieder.

Die Bedeutung der Gemeinschaftsschule ist, dass sie die Stigmatisierung der Jugendlichen auf einen unterprivilegierten Bildungsgang, auf einen unterprivilegierten Abschluss aufhebt. Auch die aus einer Hauptschule entstandene Gemeinschaftsschule führt den hochschulpropädeutischen Bildungsgang wie das Gymnasium. Bremen sieht für die Gemeinschaftsschule nur noch einen Bildungsgang vor, der im Schulgesetz fast gleich wie beim Gymnasium formuliert wird. Bei Abschlüssen und Berechtigungen sowie bei personeller und finanzieller Ausstattung werden die Gemeinschaftsschulen mit dem Gymnasium weitgehend gleichgestellt. Damit steigt ihr gesellschaftliches Ansehen sowie die Motivation bei allen Beteiligten. Die Strukturveränderung wandelt die Schule und die Einstellung von Lehrkräften, Eltern sowie von Schülerinnen und Schülern. Der wichtigste Grund für die Leistungsunterschiede entfällt - allerdings ist der Wandel ein Lernprozess für alle.

- Die Gemeinschaftsschulen sollten ihre Leistung nicht unter den Scheffel stellen: Trotz einer eher sozial unterprivilegierten Schülerschaft³ haben sie gezeigt, was sie mit dieser Schülerschaft erreichen können - und das trotz der jahrzehntelangen massiven Diskriminierung. Ein mit dem Gymnasium gleichwertiger Bildungsgang möglichst ohne äußere Differenzierung hat dies ermöglicht.

Der eigentliche bildungspolitische Aufbruch in Baden-Württemberg ist der neue Status für wandlungsbereite Haupt- wie Realschulen. Noch nie haben Schulen und Schulträger so schnell ihre Schulen auf eigene Initiative hin umstrukturiert, es war eine Flucht aus dem gesellschaftlich unterprivilegierten Schulstatus. Einmalig ist auch die Flucht der Schülerschaft aus der Hauptschule, die Übergangsquote sank innerhalb von 3 Jahren von fast 25 % auf 10 %.

Auch die 6-jährigen Gemeinschaftsschulen sind gegenüber dem Gymnasien konkurrenzfähig

Ein weiterer Einwand von Gesamtschul-Verfechtern gegen die kleinen Gemeinschaftsschulen ist die zumeist fehlende gymnasiale Oberstufe. Tatsächlich scheinen sich an den 6-jährigen Gemeinschaftsschulen weniger Schülerinnen und Schüler anzumelden.

Nachteilig bei einer 6-jährigen Gemeinschaftsschule ist der künftige Schulwechsel in eine gymnasiale Oberstufe, das bedeutet eine neue Schule, andere Mitschülern und fremde Lehrkräfte. Weil inzwischen die meisten Eltern und Jugendlichen das Abitur anstreben, hemmt diese Perspektive den Besuch einer 6-jährigen Gemeinschaftsschule.

Nun ist die gemeinsame Schule für alle in der Sekundarstufe I nur mit der 6-jährigen Gemeinschaftsschule durchsetzbar. Sie verlangt ein Konzept, mit der sowohl die 6-jährige Gemeinschaftsschule als auch eine zentrale gymnasiale Oberstufe aufgewertet wird.

³ Das gilt allerdings nicht für jede Gemeinschaftsschule, es gibt Schulen, die so gute Arbeit leisten, dass ihre Attraktivität es mit jedem Gymnasium aufnehmen kann. Nicht umsonst haben in der Sekundarstufe I und II vor allem die Gemeinschaftsschulen die Schulpreise der Bosch-Stiftung erhalten.

Nun hat eine 6-jährige Gemeinschaftsschule von sich aus auch Vorteile:

- Als kleine Schule hat sie den Vorteil der Standortnähe. Das gilt vor allem für den ländlichen Raum, aber auch für benachteiligte Stadtteile. So existieren in Schleswig-Holstein fast doppelt so viele Gemeinschaftsschulen wie Gymnasien.
- Ein weiterer Vorzug für Gemeinschaftsschulen kann ihre räumliche und erst recht ihre organisatorische Einheit mit einer Grundschule sein. Dann entfällt für die Schülerinnen und Schüler der Wechsel von Schule, Mitschülern und Lehrkräften.
- Die eigentliche Attraktivität der 6-jährigen Gemeinschaftsschule ist ihre Zugewandtheit und Förderbereitschaft gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern sowie eine schülerorientiertere Pädagogik und Didaktik. Mit dieser Schülerorientierung muss sie immer wieder gegenüber dem tradierten Ansehen des Gymnasiums werben.
- Die 6-jährige Gemeinschaftsschule wird aber die Konkurrenz nur schaffen, wenn es eine enge Kooperation mit einer Oberstufe gibt, die auch garantiert, dass die nach Meinung der 6-jährigen Gemeinschaftsschule befähigten Jugendlichen von der Oberstufe aufgenommen werden bzw. wenn diese die Eingangsvoraussetzungen der Oberstufe erfüllen.
- Für Eltern sichert der Einsatz von Lehrkräften mit einer Lehrbefähigung für die Oberstufe in der 6-jährigen Gemeinschaftsschule, dass diese auch die Zielsetzung der Hochschulreife erfüllt.
- Auch die Lehrkräfte beider Schulen sollten teilweise in der jeweils anderen Schule unterrichten und die Gemeinschaftsschüler in der gymnasialen Oberstufe hospitieren.
- Damit das pädagogische Verständnis von abgebender und aufnehmender Schulen sich weitgehend entspricht, sollten die Schulen auch pädagogisch-didaktisch kooperieren.

Doch damit eine 6-jährige Gemeinschaftsschule nicht gegenüber einer Schule mit eigener Oberstufe zurückfällt, sind vor allem überzeugende Lösungen für eine zentrale Oberstufe erforderlich.

Grundsätzlich gibt es dafür zwei Ansätze: der Übergang entweder in die Oberstufe eines grundständigen Gymnasiums bzw. einer grundständigen, 9-jährigen Gemeinschaftsschule oder aber in ein reines Oberstufenzentrum.

- Beim Übergang in die Oberstufe einer grundständigen Schule kommen die Übergänger mit Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern zusammen, die schon aufeinander eingespielt sind, was ihre Akzeptanz und Integration erschwert. Aus regionalen Gründen ist eine andere Lösung aber häufig schwierig.
- Der Übergang für Schülerinnen und Schüler wird erleichtert, wenn sie nicht in bestehende Klassenverbände aufgenommen werden, sondern einen eigenen Klassenverband bilden.
- Bedenklich ist darüber hinaus des öfteren der Übergang an die Oberstufe eines Gymnasiums. Da viele Gymnasien in der Gemeinschaftsschule nicht einen Partner, sondern eher einen Rivalen sehen, bestehen nicht selten auch Vorbehalte gegenüber Gemeinschaftsschülern, was deren Schulerfolg beeinträchtigen kann. Dennoch gibt es inzwischen auch Beispiele für gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaftsschulen und Gymnasien.

Die Verknüpfung der 6-jährigen Gemeinschaftsschule mit einer gymnasialen Oberstufe ist wichtig, sie reicht aber nicht aus; es bleibt leicht der Eindruck, dass die 6-jährige Gemeinschaftsschule nur die zweitbeste Lösung ist.

Die Attraktivität von 6-jährigen Gemeinschaftsschulen hängt sehr stark auch von der Attraktivität der zentralen Oberstufe ab.

Eine gymnasiale Oberstufe für mehrere Gemeinschaftsschulen hat die Chance, mehr Kern- und Leistungsfächer bzw. mehr Profile anzubieten.

Die überzeugendste Lösung ist, wenn die gemeinsame Oberstufe für alle Schülerinnen und Schüler neu beginnt, wenn also die gymnasiale Oberstufe ein Oberstufenzentrum ist. Dann ist es für alle Schülerinnen und Schüler und alle Lehrkräfte ein Neustart.

Nach Kieler Erfahrungen ist für die Jugendlichen in diesem Alter Kontakt und Zusammenhalt untereinander sowie feste Bezüge zu den Lehrkräften von beachtlicher Bedeutung. Es scheint besser, dass die Jugendlichen nicht relativ frei zwischen Kursen, sondern zwischen Profilen wählen können.

Die größte Wahl an hochschulpropädeutischen Fachrichtungen und Profilen bietet normalerweise das berufliche Gymnasium in einem Berufsschulzentrum an. Das berufliche Gymnasium hat zwar eine lange Tradition, hat sich aber erst in jüngster Zeit rasant weiterentwickelt. Zusammen mit der Fachoberschule hat es das Abiturmonopol des Gymnasiums gebrochen. Die beiden Schulformen haben das Verdienst, dass in Baden-Württemberg inzwischen die beruflichen Schulen genauso viele Jugendliche zur Fachhochschul- und Hochschulreife führen wie die allgemeinbildenden Schulen.

Der Erfolg des beruflichen Gymnasiums beruht einerseits auf dem hochschulpropädeutischen Angebot für Nicht-Gymnasiasten mit mittlerem Abschluss, die nicht auf eine Eingliederung in ein grundständiges Gymnasium angewiesen sind, sondern ein Oberstufengymnasium besuchen können. Andererseits bietet das berufliche Gymnasium berufliche Profile an, die auf Praxis- und Berufsinteressen von Jugendlichen eingehen können.

Die TOSCA-Studie belegt, dass die Jugendlichen die Fachrichtungen im beruflichen Gymnasium sehr bewusst nach ihren praktisch-technischen Interessen auswählen. Das berufliche Gymnasium kommt ihren Interessen entgegen (Köller, S. 396 f.). Es öffnet mit seiner berufsfeldspezifischen Schwerpunktsetzung "einer sozial und leistungsmäßig breiteren Schülerschaft den Weg in die Hochschule" (Köller, S. 447). Es ist damit besonderes für Absolventen der 6-jährigen Gemeinschaftsschule geeignet.

Auch die Leistungsentwicklung am beruflichen Gymnasium ist bemerkenswert. Zwar erreichen ihre Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg in den beiden erhobenen Fächern nicht den Leistungsstand gegenüber Abiturienten allgemein bildender Gymnasien, aber ihr Leistungszuwachs ist beachtlich. Die Leistungsdifferenz ist auf den geringeren Leistungsstand der Jugendlichen bei Eintritt in das berufliches Gymnasium zurückzuführen, wobei es sich bei der Erhebung vor allem um Realschulabsolventen handelt. Zu Mathematik erklären die Autoren von TOSCA: "Die Ergebnisse stellen daher wohl eher eine Unterschätzung der Effekte der Zusammensetzung der Schülerschaft dar, und eine Kontrolle des tatsächlichen Vorwissens hatte die Schulformeffekte aller Wahrscheinlichkeit nach noch weiter reduziert." (S. 252). Bei den Leistungsdifferenzen in Englisch „... ergibt sich für die beruflichen Gymnasien im Hinblick auf die Kompensation von Defiziten zu Beginn der 11. Jahrgangsstufe eine Herausforderung, die vermutlich unter den gegebenen Randbedingungen kaum zu bewältigen ist.“ (S. 322).

Viel entscheidender aber als Leistungsstand und Leistungszuwachs in einzelnen Fächern ist, wie weit die Jugendlichen auf wissenschaftliches Arbeiten und auf das Studium gut vorbereitet werden. Dabei ergibt sich ein unerwartetes Ergebnis.

Wenn signifikante Unterschiede beim wissenschaftlichen Arbeiten - wie beim Umgang mit Informationen, Bibliotheksnutzung, Referate verfassen, Computer nutzen, Protokolle anfertigen, Experimente planen – auftreten, dann fallen sie fast immer zugunsten der beruflichen Gymnasien aus (Köller, S. 341 ff.). Noch eindeutiger ist das Ergebnis bei der Studienvorbereitung: alle Fachrichtungen des beruflichen Gymnasiums schneiden signifikant besser als allgemein bildende Gymnasien ab. „Deutlich zeigte es sich, dass sich Schülerinnen und Schüler der beruflichen Gymnasien besser auf die Studienwahl und das Studium vorbereitet fühlen als diejenigen aus den allgemein bildenden Gymnasien" (Köller, S. 346).

Das Berufliche Gymnasium schafft es mithin nicht nur, Jugendliche aus breiteren Bevölkerungsschichten als das allgemein bildende Gymnasium zum Abitur zu führen, sondern es geht überzeugender auf die praktischen und beruflichen Interessen der Jugendlichen ein und bereitet sie besser auf Wissenschaft und Studium vor. Für 6-jährige Gemeinschaftsschulen ist die Kooperation mit beruflichen Gymnasien in einem Berufsschulzentrum die überzeugendste Lösung, wenn diese zur Übernahme und optimalen Förderung aller von der Gemeinschaftsschule empfohlenen Schulabgänger bereit sind.

Schluss

Die 6-jährige Gemeinschaftsschule ist keine Notlösung. Um gleiche Bildungschancen anzustreben, ist sie vielmehr unentbehrlich, um ein breites Angebot von Schulen des gemeinsamen Lernens in Stadtstaaten und Flächenländern sicherzustellen. Sie ist schon jetzt und erst recht in Zukunft die häufigste Form der Schulen des gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I. In Verbindung mit einer zentralen berufs- als auch allgemein bildenden gymnasialen Oberstufe schafft sie ein umfassendes und überzeugendes Angebot gerade auch für die Sekundarstufe II. Der Ausbau der 6-jährigen Gemeinschaftsschule und ihre Kooperation mit dem beruflichen Gymnasium in Berufsschulzentren sind Schritte hin zu einer gemeinsamen Schule für alle sowohl in der Sekundarstufe I als auch in der Sekundarstufe II.

Literatur

GEW Baden-Württemberg, Neue Trends bei den Übergangszahlen, 13.03.2015, <http://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/neue-trends-bei-den-uebergangszahlen/>

O. Köller u.a., Wege zur Hochschulreife in Baden-Württemberg, Leske und Budrich, Opladen 2004.

Kultusminister Baden-Württemberg, Pressemitteilung, Gemeinschaftsschulen legen für das kommende Schuljahr bei den Anmeldezahlen vor allem der zweiten Tranche deutlich zu, 05.07.2013

Landtag Baden-Württemberg, Anmeldezahlen an den baden-württembergischen Gemeinschaftsschulstandorten, Drucksache 15/7302, 13.08.2015

J. Lohmann, Verantwortlich für die massive soziale Ungleichheit in Deutschland ist das vertikale Schulsystem, <http://www.ggg-bund.de/index.php/publikationen/ggg-forum>.

PISA 2012 Ergebnisse: Exzellenz durch Chancengerechtigkeit. Bd II, OECD 2014